(Bild: Marc Brunner, Buro Destruct)

Parlamente – «Hauptstadt»-Brief #147

Dienstag, 14. März 2023 – die Themen: Gemeindeversammlungen; Kunstsammlung; städtische und kantonale Abstimmungen; Wahlsystem; Mietpreise.

Von Carole Güggi, 14. März 2023

Keine Beiträge Teilen Drucken Schrift

Sie sind quasi die Urform der direkten Demokratie: Die Gemeindeversammlungen. Und in den meisten bernischen Gemeinden finden sie auch regelmässig statt. Parlamente sind auf Gemeindeebene nämlich die grosse Ausnahme: Von den insgesamt 346 Gemeinden im Kanton Bern, kennen gerade mal 23 ein Parlament. Eines davon ist etwa der Stadtrat in Bern.

Am Sonntag hätte jedoch ein weiteres dazu kommen können, und zwar in der Agglogemeinde Wohlen bei Bern. Die Stimmberechtigten befanden über eine Initiative der Grünen, welche die Gemeindeversammlung aufheben und durch ein Parlament ersetzen wollte.

Vor allem Junge und Neuzugezogene sind an den Versammlungen stets untervertreten. Das zeigte unter anderem der kürzlich verstorbene Politikwissenschaftler Andreas Ladner in seiner Forschung auf. Gemäss Ladners Erkenntnissen scheitern die Anläufe zum Systemwechsel von der Versammlung zum Parlament jedoch meist. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass Stimmbürger*innen Angst davor haben, dass die Gemeindepolitik dadurch zu stark politisiert werde.

Diese Angst war in Wohlen vielleicht entscheidend: 67,1 Prozent lehnten die Initiative zur Einführung eines Gemeindeparlaments ab. Immerhin zeigte Ladners Forschung auch: Es gibt keine Beweise dafür, dass Gemeinden mit einem Parlament besser fahren als mit einer Versammlung.

(Bild: Danielle Liniger)

Und jetzt noch zu anderen Themen des Tages:

- **Kunstsammlung:** Hast du dich schon mal gefragt, wo sich die städtische Kunstsammlung befindet? Das Depot liegt im Wankdorf, unter der Erde – die genaue Adresse ist aber aus Sicherheitsgründen nicht bekannt. Darum bekommen eigentlich nur die Mitarbeiter*innen vor Ort die Werke der Sammlung zu Gesicht. Meine Kollegin Lena Madonna durfte ausnahmsweise vorbeischauen und einen Blick auf die rund 2'000 Werke werfen. Mit der Restauratorin der Sammlung unterhielt sie sich darüber, warum die Sammlung nicht für die Öffentlichkeit zugänglich ist und wie all diese Werke digitalisiert werden.
- **Abstimmungen Stadt Bern:** Die Stadt Bern stimmt dem 125-Millionen-Kredit für den Bau der Siedlung auf dem Viererfeld mit rund 64,1 Prozent klar zu. Dieser Ja-Anteil ist deutlicher als bei der Abstimmung 2016, als es darum ging, wie die Wiese genutzt werden soll. Damals legten 53 Prozent der Stimmberechtigten ein Ja zur Überbauung in die Urne. Nun ist eine weitere Etappe geschafft hin zum Bau der 1'140 Wohnungen, die Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) im Interview mit meinen Kollegen Jürg Steiner und Joël Widmer als «Jahrhundertprojekt» bezeichnete, der Architekt Arpad Boa gegenüber der «Hauptstadt» aber kritisierte. Die weiteren städtischen Vorlagen rund um die Kredite zur Sanierung des Wyler-Bads und der Nydeggbrücke wurden mit jeweils über 90 Prozent Ja-Stimmenanteilen deutlich angenommen.
- **Umfahrungen:** Die beiden umstrittenen Verkehrsprojekte im Kanton Bern können umgesetzt werden: 56,9 Prozent der Stimmberechtigten legten ein Ja zur Umfahrung in Oberburg in die Urne, bei der Umfahrung Aarwangen waren es 51,7 Prozent. Damit endet eine jahrzehntelange Diskussion um die Verkehrsführung in beiden Orten. Exemplarisch zeigte sich dies etwa in Oberburg, wo meine Kollegin Marina Bolzli aufgewachsen und kurz vor der Abstimmung zurückgekehrt ist, um das grosse Dilemma rund um die Projekte einzufangen. Die Stimmberechtigten im Kanton hiessen zudem zwei Verfassungsänderungen gut. Sie betreffen die Unvereinbarkeitsregeln von Mitgliedern des Grossen Rates und Kompetenzen der Justizbehörden.
- **Wahlsystem:** Die Könizer Stimmbevölkerung wird über eine Änderung ihres Wahlsystems befinden. Ein entsprechender Vorstoss von GLP, EVP und Die Mitte fand gestern im Könizer Parlament eine Mehrheit. Laut Vorstoss wird zwar am Proporzsystem festgehalten. Jedoch soll die Sitzverteilung für Parlament und Regierung anders berechnet werden. Damit würden auch kleinere Parteien mit weniger hohen Wähler*innenanteilen eine Chance erhalten, einen Sitz zu ergattern. Einzig die SP und Grünen stellten sich dagegen. Sie kritisieren, dass die anderen Parteien mit der Änderung versuchen würden, ihre Vormachtstellung in der fünfköpfigen Regierung beizubehalten.
- **Mietpreis:** Eine Motion der SP im Grossen Rat verlangt, dass Vermieter*innen bei einem Mieter*innenwechsel den bisherigen Mietpreis offenlegen müssen. Die Motionär*innen sehen darin ein Mittel gegen hohe Mietpreise. Doch der bernische Regierungsrat lehnt das Vorhaben ab, wie der Nachrichtendienst SDA meldet. Die Offenlegungspflicht erhöhe nur den administrativen Aufwand, heisst es in dessen Antwort.

PS: Die **Nachhaltigkeitswoche der Universität Bern** geht heute zu Ende. Als Abschluss findet im Café Marta in der Altstadt ein Pub-Quiz rund um das Thema Nachhaltigkeit statt. Du kannst deine Gruppe hier anmelden oder, falls das nicht mehr reicht, vielleicht einen Platz an der Bar ergattern.

Das könnte dich auch interessieren

Hauptstadt-Brief

Stadtfest, Kirchgemeinde Paulus, Allmenden

News vom Donnerstag – Hauptstadt-Brief #623

Von Mathias Streit (Text), 18. Juni 2026

Direktor*in gesucht, Frauenstreik, Stadt sagt Nein zur SVP-Initative

News von Dienstag – Hauptstadt-Brief #622

Von Sophie Reinhardt (Text), 16. Juni 2026

Hauptstadt-Brief

Feministische Forschung, Frauenklinik, Leitungswechsel

News von Samstag – Hauptstadt-Brief #621

Von Andrea von Däniken , 13. Juni 2026

Diskussion

Unsere Etikette

Keine Kommentare vorhanden.

JETZT MITREDEN